



Andreas Oplatka

Der erste Riss in der Mauer

September 1989 - Ungarn öffnet die Grenze

ISBN: 978-3-552-05459-2

Weitere Informationen oder Bestellungen unter

<http://www.zsolnay.at/978-3-552-05459-2>

sowie im Buchhandel.

2

Am Anfang war ...

Jede Geschichte hat ihre Vorgeschichte. So auch die vorliegende. »Am Anfang war ein Loch im Zaun«, titelte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 12. September 1989, als sie eine Chronik der Ereignisse veröffentlichte, die tags zuvor schließlich zur Öffnung der ungarischen Grenze und zur Entlassung der in Ungarn seit Wochen verharrenden DDR-Bürger geführt hatten. Als erstes Datum auf dieser Liste der Begebenheiten stand im Frankfurter Blatt der 2. Mai 1989, der Tag, an dem besagtes »Loch« in den Eisernen Vorhang geschnitten worden war: Ungarische Grenzwächter und Soldaten begannen zu diesem Zeitpunkt offiziell mit der Demontage der Grenzhindernisse.

Gewiß, man kann den Bericht über die Massenflucht der DDR-Bürger im Sommer 1989 mit dem 2. Mai beginnen. Die Ungarn leiteten die Abbrucharbeiten in aller Öffentlichkeit ein, der stellvertretende Kommandant der Grenztruppen, Balázs Nováky, gab in Hegyeshalom, dem wichtigsten Grenzübergang zu Österreich, eine Pressekonferenz, und unzählige Familien in der Deutschen Demokratischen Republik sahen am gleichen Abend die Bilder der westdeutschen Fernsehstationen, die ungarische Soldaten beim Einrollen des Stacheldrahtes zeigten. Merkwürdig freilich mutet an, blickt man von heutiger Warte zurück, daß die Begebenheiten an der ungarisch-österreichischen Grenze im Westen damals nur mäßig Beachtung fanden. Man war zu der Zeit von dem reformfreudigen Ungarn schon einiges gewohnt und nahm die Entfernung des Grenzzauns als einen weiteren begrüßenswerten, aber nicht über Gebühr sensationalen Schritt zur Kenntnis.

Anders gesagt: Anfang Mai sahen nur wenige die Wirkung voraus, welche die Maßnahme schon bald – in den hernach folgenden vier Monaten – zeitigen sollte: den Massenandrang der Ostdeutschen und ihren Druck auf die Grenze. Die hinter der Entscheidung stehenden ungarischen Politiker, Ministerpräsident Miklós Németh und Innenminister István Horváth, gehörten jedenfalls nicht zu denen, die mit Konsequenzen solcher Art rechneten. Beide räumen nachträglich freimütig ein, daß sie – mit Blick auf die DDR – Komplikationen zwar nicht ausschlossen, niemals aber das erwarteten, was dann tatsächlich eintraf.³ Auch Károly Grósz, der bis zum Frühsommer 1989 noch allein an der Spitze der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) stand und dem Abbruch der Grenzhindernisse zustimmte, scheint sich nur anfänglich Gedanken über die möglichen außenpolitischen Folgen des Schritts gemacht zu haben.⁴

In Bonn dagegen gab es einige Kenner Osteuropas und der DDR, die an diesem Abend des 2. Mai 1989 die Dinge anders sahen. Einer von ihnen war Axel Hartmann, zu der Zeit im Bundeskanzleramt stellvertretender Leiter des Büros von Bundesminister Rudolf Seiters. Er hatte 1982 bis 1985 an der bundesdeutschen Botschaft in

Budapest gedient und dabei sowohl mit fluchtwilligen DDR-Deutschen als auch mit der in Ungarn operierenden ostdeutschen Staatsicherheit reichlich Erfahrungen gesammelt. Angesichts der Fernsehbilder von der ungarischen Grenze, erzählt Hartmann, habe er sich gesagt, in der DDR nähmen nun bestimmt viele hellhörig zur Kenntnis, was da vor sich gehe. Sie würden ihre Schlüsse ziehen, da sie fortan wüßten, daß die von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichende befestigte Grenze des sozialistischen Lagers – die verlängerte Berliner Mauer⁵ – an einer Stelle durchlöchert sei.⁶

Doch der 2. Mai 1989, so starke Wirkungen von ihm auch ausgingen, war kein Anfang, sondern der – soweit spektakulärste – Teil eines Prozesses, der bereits Jahre zuvor eingesetzt hatte. Die ersten Impulse in Ungarn waren nicht von Politikern gekommen, sondern aus dem Offizierskorps der Grenztruppen: vorsichtig formulierte Erwägungen, daß sich die Hindernisse an der Westgrenze in einem erbärmlichen technischen Zustand befänden, eigentlich ausgedient hätten oder aber, wenn man sie erhalten wolle, unter hohen Kosten erneuert werden müßten.

Auch István Horváth, im Jahr 1989 Innenminister und mithin der Mann, dem der Grenzschatz unterstand, begann unser erstes Gespräch, indem er von den Anregungen, Forderungen und Vorstößen der Grenztruppen in den späten achtziger Jahren berichtete. Damit habe alles begonnen. Dann zögerte der einstige Minister, schien über die eigene Ausdrucksweise zu lächeln und bemerkte: »Man hat uns ja in all den Jahren, wie Sie wissen, unermüdlich die offizielle Geschichte der Arbeiterbewegung beigebracht. In der Schule, an der Universität und in Seminaren am Arbeitsplatz hörten wir unzählige Male, daß die Oktoberrevolution und die Errichtung der Sowjetmacht am 25. Oktober 1917 in Petrograd mit den Schüssen des Kreuzers Aurora gegen das Winterpalais begonnen habe. Heute wissen wir, daß diese Legende mit der Aurora auch nicht die reinste Wahrheit ist, vor allem aber: Was heißt da ›begonnen‹? Wie und wann reift etwas so heran, daß Entscheidendes in Gang kommt?«

Wo also den Anfang ansetzen? Beim Volksaufstand 1956, dem die

Ungarn auf lange Sicht eine mildere Form der kommunistischen Herrschaft zu danken hatten? Bei den Versuchen der ungarischen Diplomatie in den achtziger Jahren, den eigenen Spielraum stetig auszuweiten, mit dem Westen Kontakt zu pflegen und, ermutigt namentlich durch die Bonner Ostpolitik, über Westdeutschland auch die Annäherung an die Europäische Gemeinschaft zu suchen? Bei der Bestrebung zu gleicher Zeit, sich aus der neu hereingebrochenen west-östlichen Eiszeit herauszuhalten, nicht zu den Leidtragenden des wieder einmal beschleunigten Rüstungswettbewerbs zu gehören? Oder im März 1985, beim Machtantritt Michail Gorbatschows und seiner Politik des Umbaus, der »Perestroika«? Den Auftakt bilden könnte auch die Ablösung János Kádárs im Mai 1988, des nach über dreißigjähriger Herrschaft müde und mürbe gewordenen ungarischen Parteichefs, der sich gegen weitere Reformen sperre und seinem Nachfolger, Károly Grósz, gesagt haben soll, er empfinde für Gorbatschow Sympathien, der Mann sei aber oberflächlich und werde die Sowjetunion ins Verderben führen.⁷

Vielleicht müßten wir in der Tat von den innersowjetischen Schwierigkeiten ausgehen, die Gorbatschow erbte und die sich unter ihm rapide vermehrten, vom wirtschaftlichen Niedergang und dem ideologischen Bankrott, vom Schwächeanfall des Imperiums und dem gelockerten Griff, mit dem es die kleinen Satellitenländer im mitteleuropäischen Vorfeld gerade noch in der Hand hielt. Und vom Erwachen und Erstarken der oppositionellen Bewegungen namentlich in Polen und in Ungarn, im letztgenannten Land ausgeprägt im doppelten Sinn: indem sich innerhalb der herrschenden Partei ein zunehmend radikaler Reformflügel bildete, und indem die zivilgesellschaftliche Sphäre, in der Form von Bürgerinitiativen, Klubs und Bewegungen wieder präsent, ihre politischen Forderungen zu formulieren begann. Zwischen den beiden Bereichen gab es Berührungspunkte. Die maßgebliche Gestalt der innerparteilichen Reformer, Imre Pozsgay, hielt seine schützende Hand über intellektuelle Querdenker und ermöglichte ihre publizistische Tätigkeit. Und wenn Pozsgay Demokratie, Eigentum und Bürgerrechte als Ziele be-

zeichnete, dann stimmte das mit den Ideen der oppositionellen Gruppierungen überein, die sich in der Schlußphase des Einparteistaates nach und nach auch offiziell in politische Parteien umwandelten.

Daß sich eine wirtschaftliche Gesundung ohne grundlegende Änderungen der politischen Struktur nicht mehr erreichen ließ, war im Verlauf der achtziger Jahre immer klarer geworden. Das Ringen um die Richtung innerhalb der Führung der herrschenden Kommunisten hatte zwar auch den Charakter eines Machtkampfes. Doch der Terraingewinn der Reformer, die im Parteiapparat und in der Regierung immer mehr Positionen hielten (und denen sich auch Opportunisten in zunehmender Zahl anschlossen), gehört maßgeblich zum Hintergrund der Geschehnisse in Ungarn im Spätsommer 1989. Dazu gehört aber auch die Präsenz der Opposition, die bereits zu einem politischen Faktor ersten Ranges geworden war. Der Volksaufstand von 1956, Jahrzehntelang als »Konterrevolution« verunglimpft, wurde – Pozsgay hatte seine parteiinternen Gegner mit dem Thema überrumpelt – neu bewertet und als nationale Erhebung anerkannt. Einer hartnäckigen oppositionellen Bürgerinitiative, dem Komitee für historische Gerechtigkeit, gelang es, die Rehabilitierung der Opfer von 1956 durchzusetzen; im Juni 1989 kam es zur feierlichen Neubestattung des hingerichteten Ministerpräsidenten der Revolutionsregierung, Imre Nagy. Kurz zuvor hatten mehrmonatige Rundtischgespräche zwischen der herrschenden Partei und der Opposition über den gesetzlichen Rahmen des Übergangs zur Mehrparteien-Demokratie begonnen. Neue, freie Parlamentswahlen standen für Anfang 1990 auf dem Programm.⁸ Die öffentliche Meinung bekam plötzlich wieder Gewicht. Daß die ungarische Regierung Zehntausende von Ostdeutschen mit Polizeigewalt außer Landes schaffen und zur Rückkehr in ihre ungeliebte Heimat zwingen sollte, ließ sich in der DDR formulieren, war aber zu der Zeit in Ungarn schon undenkbar.

In diesem Licht betrachtet, bildeten die Bestrebungen der Grenztruppen, wie sie 1987 auch ihren schriftlichen Ausdruck gewannen, einen Teil des allgemeinen Gärungsprozesses. Die vorsichtig vor-

gebrachten Vorschläge enthielten früh schon die Möglichkeit, den Eisernen Vorhang, das Signalsystem, ganz zu schleifen. Dabei wurden fachliche Gründe ins Feld geführt, gemäß der Parole »Soldaten politisieren nicht«. Mitgespielt haben mag, daß die Grenztruppen im Ruf standen, recht aufgeklärte Offiziere, zugleich aber eine starr linkskonservative Parteiorganisation zu haben.

Die Klagen der Mannschaft hatten sich seit der zweiten Hälfte von 1986 gehäuft und ließen sich nicht mehr überhören. Das veraltete, schlecht funktionierende Meldesystem alarmierte die Wachen täglich mehrmals. Diese rückten Hals über Kopf aus, fuhren, ob Schönwetter, ob Regen, mit ihrem Geländewagen zum Tatort und stellten dann fest, daß ein Windstoß, ein Feldhase oder ein Vogel den »Grenzzwischenfall« verursacht hatte. Lächerliche und zugleich ärgerliche Zustände, die nach Änderungen riefen. Ein Generationenwechsel unter den Offizieren der Grenztruppe wirkte sich unter diesen Umständen günstig aus. Die Zungen der Jüngeren lösten sich leichter, wenn es galt, Mißstände zur Sprache zu bringen; die Informationskanäle innerhalb des Grenzschutzes funktionierten besser, die Sorgen der Soldaten, die in ihrem Dienst täglich unter der Wirksamlosigkeit des Signalsystems litten, fanden den Weg zum Ohr der höchsten Vorgesetzten.⁹

Um was für ein System handelte es sich? Der Eiserne Vorhang an Ungarns West- und Südgrenze war von 1949 an errichtet und dann, im Zeichen der Entspannungspolitik, 1955/56 wieder abgebrochen worden. Die Flucht von rund 180 000 Personen nach der Niederwerfung des Volksaufstands im Spätherbst 1956 wurde darum möglich, weil sich die ungarischen Ordnungskräfte in den Revolutionswirren aufgelöst hatten und an der Grenze zu Österreich gerade zu dieser Zeit keine Hindernisse mehr bestanden. Die von den Sowjets eingesetzte Regierung Kádár, der dringend an der dauernden Unterbindung der Flucht lag, ordnete am 2. März 1957 die abermalige hermetische Schließung der Westgrenze an.¹⁰ Im Frühsommer war der ungarisch-österreichische Grenzabschnitt wieder abgeriegelt, die Arbeiten an der Perfektionierung der Sperre dauerten aber noch

bis 1963. Nicht nur Stacheldrahtverhau und Stolperdrähte bildeten den Eisernen Vorhang, sondern auch dichte Minenfelder. Die Zahlenangaben gehen auseinander, doch befanden sich auf einer mehr als 300 Kilometer messenden Grenzstrecke insgesamt offenbar weit über eine Million auf Berührung explodierende Minen am Zaun sowie Tretminen im Boden.¹¹

Am 11. Mai 1965 faßte das Politbüro in Budapest den eher technisch denn politisch motivierten Beschuß, die Grenzhindernisse zu modernisieren und ein sowjetisches Signalsystem einzuführen, für welches man in Ungarn die Kodebezeichnung »SZ-100« verwendete. Dieses elektrische Meldesystem, das in mehreren Etappen bis 1970 aufgebaut wurde, ermöglichte eine wirkungsvollere Kontrolle und kam ohne Tretminen aus; deren Räumung schloß man 1971 ab.¹² Der neue, über zwei Meter hohe Stacheldrahtzaun war mit einem zweiten, parallel verlaufenden Drahtsystem versehen, das 24-Volt-Schwachstrom führte, keine Lebensgefahr bedeutete, jedoch bei den Wachposten unter genauer Ortsangabe Alarm auslöste, wenn die Drähte infolge einer äußeren Einwirkung einander berührten oder wenn sie durchtrennt wurden. Die Chancen, Grenzverletzer festzunehmen, waren gut, denn ein Flüchtling, der die Hindernisse streifte und Alarm auslöste, hatte noch ein etwa zwei Kilometer breites Vorfeld zu überqueren, bis er die tatsächliche Grenzlinie erreichte. Ergänzt wurde das Signalsystem durch parallel verlaufende Zäune zur Fernhaltung von Wild, einen Patrouillenweg, der das rasche Erscheinen der motorisierten Grenzwachen ermöglichte, durch Spurenstreifen, welche Fußabdrücke festhalten sollten, sowie Leitungen zur Stromversorgung des Meldesystems; letzteres wurde auch mit kleineren Signalgeräten bestückt. Die Breite der Anlage betrug auf solche Weise insgesamt etwa zwanzig Meter.¹³

Das Signalsystem bewährte sich in der Anfangsphase, doch erwies es sich auch als überaus störungsanfällig. Es gelang insbesondere nicht, das Wild fernzuhalten; die Wachmannschaften mußten wegen blinden Alarms im Jahresdurchschnitt bis zu viertausendmal ausrücken. Mit welchem Aufwand das einherging, geht daraus her-

vor, daß ein ausgelöstes Signal vierzig bis sechzig Grenzsoldaten und später weitere vierzig bis achtzig und in begründeten Fällen innerhalb einer Stunde sogar zweihundert bis vierhundert Mann alarmierte.¹⁴ In der verhältnismäßig freien politischen Atmosphäre, die im Ungarn der achtziger Jahre schon herrschte, brachten Fachkreise den Gedanken, das Signalsystem abzutragen, zumindest in theoretischer Form bereits 1981 und dann an einer Konferenz der Grenzwache 1984 zur Sprache.¹⁵

Die politischen Zeitumstände, womit namentlich die Ära Gorbatjow gemeint ist, bestimmten die weitere Entwicklung. Die ungarischen Grenztruppen erhielten 1986 in der Person von János Székely einen neuen Oberbefehlshaber. Von ihm rede man wenig, wenn man das Geschehen um die Grenze beschwört, sagt sein Nachfolger, General Nováky. Dabei habe Székely maßgeblich Anteil daran gehabt, daß der Stein ins Rollen gekommen sei. Den ersten Impuls scheint allerdings das Innenministerium gegeben zu haben, indem es das Signalsystem zum Thema machte. Im Ministerium verwaltete Jenő Földesi, ein früherer Oberbefehlshaber des Grenzschutzes, das zuständige Staatssekretariat, folglich jemand, der den Anliegen dieser Truppe Verständnis entgegenbrachte.¹⁶

Das Ungemach der Grenzwächter war schon bedenklich genug, hätte aber vermutlich nicht ausgereicht, um etwas in Bewegung zu setzen. Nun kam aber eine politische Entscheidung hinzu: Den ungarischen Staatsangehörigen wurde das Recht auf einen Reisepaß zugestanden. Dieser Reiseausweis, »Weltpaß« genannt, war unbegrenzt für jedes Land gültig. Die Entscheidung auf Parteiebene fiel im Mai 1987, und die Pässe wurden vom 1. Januar 1988 an eingeführt.¹⁷ Die ungarischen Behörden hatten ihren Bürgern Auslands- und auch Westreisen von den späten sechziger Jahren an immer liberaler gestattet – im Vertrauen auf die ruhige politische Atmosphäre im Inland, auf einen sich langsam ausbreitenden kleinbürgerlichen Wohlstand, der die Menschen wieder nach Hause zurückkehren ließ, und vor allen Dingen im Vertrauen darauf, daß die zunehmend von Arbeitslosigkeit und Einwanderungsdruck heimgesuchten west-

lichen Länder den Osteuropäern Asyl nur noch widerwillig gewährten. Die ungarischen Touristen darbten zwar, weil ihre Währung westlich der Grenze wertlos war und ihr Staat ihnen harte Devisen nur karg zuteilen konnte, sie ernährten sich in Italien oder Frankreich wochenlang von mitgebrachten Konserven, made in Hungary, nahmen, wenn es irgend ging, die Hilfe ihrer im Westen lebenden Emigranten-Bekannten in Anspruch (die deshalb von Kádárs Rache sprachen), und doch wurden die Ungarn von den eingespererten DDR-Bürgern um ihre Reisefreiheit heftig beneidet.

Wozu also, so fragte man sich 1987, die Westgrenze dicht abschirmen, wo doch demnächst jedermann legal das Land verlassen kann? Was soll der Stacheldraht zur Abwehr von »Spionen und feindlichen Agenten des Imperialismus« in einer Zeit der Satellitenaufklärung? Und militärisch erst? Da waren die Grenzbefestigungen ohnehin vollkommen bedeutungslos. Das Innenministerium setzte für den Spätherbst 1987 eine hausinterne Beratung über diese Fragen aufs Programm, eine sogenannte Ministerialkonferenz.¹⁸ Als Oberbefehlshaber der Grenzwache richtete Székely deshalb am 29. Juli 1987 ein Rundschreiben an seine führenden Offiziere.¹⁹ Er ließ ihnen einen Fragebogen zukommen und bat sie um Stellungnahmen zum Zustand des Signalsystems und um die Schilderung ihrer Erfahrungen. Wissen wollte er auch, wie die Zukunft nach der Meinung seiner Untergebenen aussehen könnte, und unter den Varianten, welche die Offiziere beurteilen sollten, erwähnte er auch den Fall, daß man die Grenzhindernisse ganz abbrechen würde. Der Oberkommandant wies auf die bevorstehende Beratung im Ministerium hin und bat um Rücksendung der Fragebogen bis zum 25. August 1987.

Auf der Grundlage dieser Meinungsumfrage erstellte dann Székely einen zehn Seiten umfassenden Bericht, den Staatssekretär Földesi zuhanden der internen Konferenz des Innenministeriums am 21. Oktober einreichte.²⁰ Der Befehlshaber der Grenztruppen schilderte den Zustand des elektrischen Signalsystems, er führte technische, militärische, wirtschaftliche und andeutungsweise auch politische Argumente an, dies mehrheitlich in der Form einer neutralen

Feststellung. In ihrer Gesamtheit legten aber die genannten Gründe deutlich die Ansicht nahe, das Signalsystem sei unhaltbar geworden. Székely beschrieb die Lage der durch Fehlalarme geplagten Grenzwächter: Jede Untereinheit müsse im Durchschnitt 1,5- bis dreimal am Tag ausrücken, was die Dienstzeit um zwei bis vier Stunden verlängere; die Kontrolle der Grenzabschnitte durch die Mannschaften sei auf diese Weise zeitraubend und unwirksam, die Umstände, unter denen der Dienst verrichtet werde, nähmen sich unwürdig aus.

Die Kosten für die Instandhaltung der Grenzsperren bezifferte Székely mit 22 bis 25 Millionen Forint pro Jahr. Hinzuzuzählen, so vermerkte er, seien Entschädigungen für die Enteignung von Agrarland: 15 bis 18 Millionen Forint, für die das Innenministerium aufkomme, sowie 5 bis 7 Millionen, die der Grenzschutz bezahle. Insgesamt also 42 bis 50 Millionen Forint, nach dem damaligen Kurs rund 760 000 bis 900 000 US-Dollar. Unter den finanziellen Argumenten im Bericht figurieren auch Hinweise, die bei all der Ernsthaftigkeit, mit der sie zu ihrer Zeit zu Papier gebracht wurden (und mit der sie gelesen werden sollten), auf groteske Art die Misere der kommunistischen Planwirtschaften beleuchten: »Das zum Drahtwechsel notwendige rostfreie Drahtmaterial beschaffen wir uns aus Westimport für Devisen. Die gegenwärtig verwendete SZ-100 elektrische Einrichtung wird in der Sowjetunion nicht mehr hergestellt, so daß der Nachschub von Ersatzteilen stockt.«

Zusammenfassend zählte Székely eine Reihe von Punkten auf, die alle gegen die Beibehaltung der Grenzbefestigungen sprachen: Die Aufbauten seien von weitem erkennbar, in ihrem Mechanismus durchschaubar und somit leicht zu bekämpfen. Die Signale stammten in der Mehrheit nicht von Grenzverletzern. Die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Hindernisse werde immer kostspieliger, sie verlange bedeutende Ausgaben in harter Währung. Das System sei zunehmend anfällig auf das Wetter. An Stellen, wo nur ein schmales Vorfeld bestehe – gemeint war das Gelände zwischen den technischen Hindernissen und der tatsächlichen Grenze, ein Gebiet, das nur mit Sonderausweis betreten werden konnte –, nehme die Wirk-

samkeit des Systems ab. Es stehe in Westungarn dem Tourismus im Weg, und – bemerkenswerte Aussage des Kommandanten – diese Art der Grenzbewachung sei auch »moralisch und technisch überholt«.